

energie +



Das Debattenmagazin der UNITI

MITTELSTAND

2.2014
2,50 EUR

„Sozial völlig
unvertretbar“

FDP-CHEF CHRISTIAN LINDNER
SAGT IM INTERVIEW, WORAN DIE
ENERGIEWENDE KRANKT

Soziale Marktwirtschaft

Warum Ludwig Erhard
das EEG abgeschafft hätte

Staat statt privat

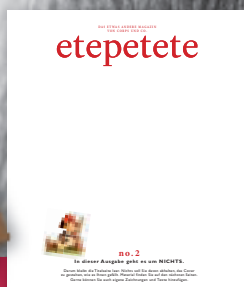
Kommunen greifen
nach der Energie

Wärmestudien

Ohne Zweifel: Heizöl bleibt
wichtiger Energieträger

Auch Bock auf ein Magazin?

Wir finden auch für Sie die optimale Form
der Unternehmenskommunikation.
Tierisches Ehrenwort!



„Printwertig. Netzwertig. Mehrwertig.“ Wir können über alles reden, über alles schreiben und alles in Szene setzen. Corporate Publishing nennen es die einen, Content Marketing die anderen. Doch weder auf den Begriff noch auf das Medium alleine kommt es an – Qualität entscheidet.

Corps. Corporate Publishing Services GmbH

Kasernenstraße 69 • 40213 Düsseldorf • Tel: 0211/54 227-600 • info@corps-verlag.de • www.corps-verlag.de



Auf dem Altar der Globalisierung



Udo Weber,
Vorstandsvorsitzender von
UNITI Bundesverband
mittelständischer Mineralöl-
unternehmen e.V.

**IHRE
MEINUNG
IST UNS
WICHTIG!**

SCHREIBEN SIE UNS

Ob Kritik, Anregung oder Themenidee – wir haben ein offenes Ohr für Sie. E-Mail an dialog@uniti.de



Erfahren Sie mehr über UNITI. Um das Internetvideo auf Ihrem Handy oder Tablet anschauen zu können, brauchen Sie eine QR-Reader-Applikation. Scannen Sie das oben stehende Symbol mit Ihrer Handycamera und es öffnet sich automatisch der Multimedia-Inhalt.

Ludwig Erhard liegt schwer im Trend. Politiker aller Couleur berufen sich auf den Vorreiter der Sozialen Marktwirtschaft. Positionen, geschmückt mit Schlagwörtern wie „Wohlstand“, „Wettbewerb“ und „Gerechtigkeit“, klingen eben immer gut. Doch die Fehlentwicklungen in Deutschland zeigen: Mit Erhards Ideen hat das politische Gebaren nichts mehr zu tun (lesen Sie mehr in unserem Schwerpunkt ab Seite 6).

Die Energiewende liefert anschauliche Beispiele: Ordnungsrechtliche Vorschriften haben das Prinzip von Angebot und Nachfrage in vielen Bereichen außer Kraft gesetzt, etwa bei der Gebäudesanierung. Hausbesitzer haben längst nicht mehr immer die freie Wahl bei Modernisierungsmaßnahmen. Oder die umlagefinanzierte Förderung von Wind- und Solarstrom per EEG: Die belastet nicht nur Verbraucher über Gebühr – der Strompreis hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. Sie verhindert obendrein die Entwicklung eines freien, innovationsgetriebenen Wettbewerbs nach Erhard'schem Vorbild, der die Basis für marktgerechte Preise bilden könnte.

Das Problem ist systemimmanent: Politik und Verwaltung erschaffen zunehmend Verwaltungsstrukturen, die – offenbar, um das eigene Dasein zu legiti-

mieren – immer neue bürokratische Monster wie das EEG oder andere Verordnungen gebären, die keinen wirtschaftlichen Mehrwert bringen. Die Gemengelage ist absurd: Natürlich käme niemand auf die Idee, offen für die Planwirtschaft zu werben – das ist nicht opportun. Politische Instrumente, die ihre Kennzeichen tragen, werden hingegen zu Erfolgsgeschichten stilisiert.

Gegen eine ordnende Hand des Staats, die sinnvolle Rahmenbedingungen für den freien Markt schafft, ist gar nichts zu sagen. Doch inzwischen wirtschaftet der Staat selbst, nimmt den einen etwas weg, um es anderen zu geben – und verkauft diese Politik der Umverteilung als Soziale Marktwirtschaft. Eine bedenkliche Tendenz.

Denn Soziale Marktwirtschaft ist ein System, das auf Eigenverantwortung setzt und auf unternehmerische Tugenden wie die Fürsorgepflicht des Chefs gegenüber den Mitarbeitern vertraut. Sie ist der Kitt für den sozialen Frieden und darf nicht auf dem Altar der Globalisierung geopfert werden. Denn Deutschland ist mittelstandsgeprägt, der Schulterchluss zwischen Unternehmern und Belegschaften ist so eng wie nirgendwo sonst. Im Mittelstand wird Erhard gelebt, nicht zitiert – wenn der Staat ihn lässt. ■



6

Schwerpunkt

Soziale Marktwirtschaft

Warum die Energiepolitik gegen Erhards Ideale verstößt

16

Tankstellen-Betreiber:
Vollzeitjob mit
vielen Herausforderungen



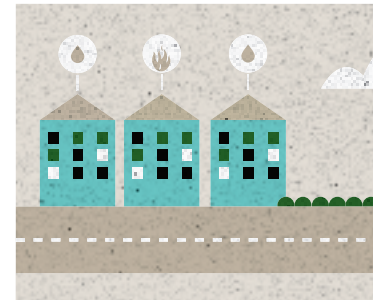
24

Wärmestudien
zeigen die künftige
Bedeutung von Heizöl



11

Lindner:
„EEG muss weg“



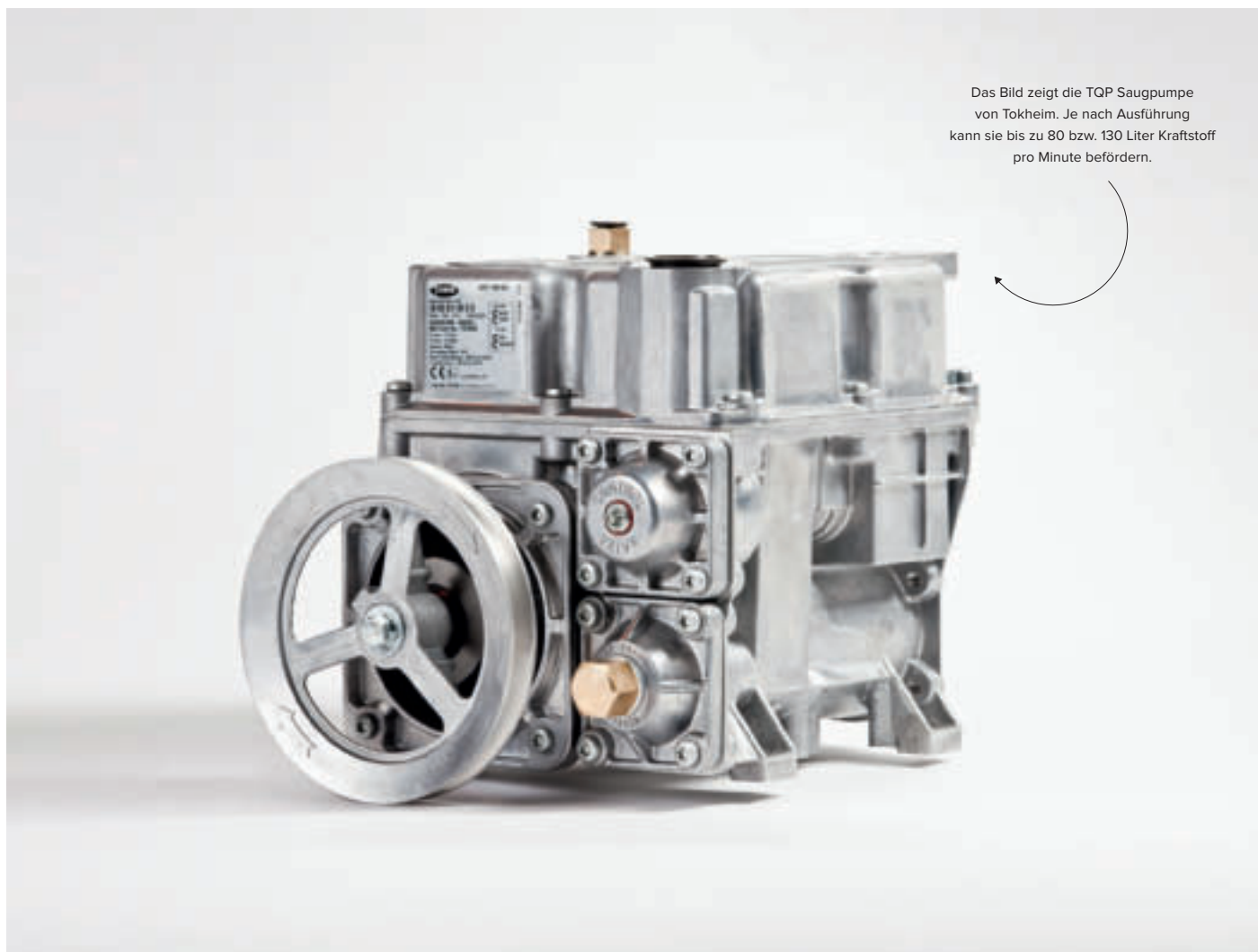
- 5 . **Hingeguckt** *Zapfsäulenteknik*
- 6 . **Schwerpunkt** *Soziale Marktwirtschaft heute*
- 11 . **Schwerpunkt** *„In kollektive Selbsthypnose verfallen“*
- 14 . **Zur Sache** *Rekommunalisierung*
- 16 . **Report** *Ein Tag an der Tankstelle*
- 19 . **Klartext** *Die Energie-Kolumne*
- 20 . **Kompakt** *Klimakiller Politikerfahrzeuge*
- 22 . **Porträt** *Vertrauen und Nähe*
- 24 . **Report** *Studien zur Energieversorgung*
- 26 . **60 Sekunden über ...** *Spritpreise in Europa*

- Jeder benutzt sie – niemand weiß, was drinsteckt
- EEG & Co.: Hätte Ludwig Erhard das gewollt?**
- FDP-Parteichef Lindner zur Energiepolitik**
- Der neue Trend im Lokalen: Staat statt privat
- Vom Tankwart zum Allroundunternehmer
- Henning Krumrey über verpasste Reformchancen
- Neues aus der Welt der Energie
- Besuch bei der Franz X. Heinritzi & Söhne GmbH
- Fossile Heizenergien bleiben wichtig
- Deutschland, günstig' Tankland!

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V., Jägerstraße 6, 10117 Berlin, Elmar Kühn (V. i. S. d. P.) CHEFREDAKTEUR Florian Flicke
 REDAKTIONSLEITUNG Axel vom Schemm REDAKTION Annkathrin Frind, Ralf Kalscheur, Henning Krumrey, Gerhard Walter ART DIREKTION Daisy Latussek BILD-
 REDAKTION Achim Meissner VERLAG UND REDAKTIONSANSCHRIFT corps. Corporate Publishing Services GmbH, ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt,
 Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211/54227-700, Fax 0211/54227-722, www.corps-verlag.de VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRUNG Holger Löwe, Wilfried Lültsdorf
 OBJEKTLEITUNG Jana Teimann ANZEIGENLEITUNG Tobias Bott, Tel. 030/755414-416 DRUCK Strube Druck & Medien OHG, 34587 Felsberg LITHO TiMe GmbH
 ADRESSÄNDERUNGEN Tobias Bott, Tel. 030/755414-416, Fax 030/755414-366 ISSN 2195-4445 Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
 gers wieder. Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Änderungen behalten wir uns vor.

Das Bild zeigt die TQP Saugpumpe von Tokheim. Je nach Ausführung kann sie bis zu 80 bzw. 130 Liter Kraftstoff pro Minute befördern.



↑ **Das Geld kommt von der Bank, Strom kommt aus der Steckdose und das Benzin aus der Zapfsäule** – das weiß jeder. An den meisten Tankstellen in Deutschland legt der Autofahrer selbst Hand an; der Griff zur Zapfpistole ist ganz selbstverständlich, immer wieder, über Jahre oder gar Jahrzehnte hinweg. Dass sich hinter den Anlagen modernste Technik versteckt, die höchsten Sicherheitsvorschriften genügen muss und stets weiterentwickelt wird, ist meist nur dem Betreiber der Tankstelle klar. So ist die Zapftechnik durch diverse Richtlinien zur elektromagnetischen Verträglichkeit (EMV) oder zum Explosionsschutz (ATEX) im Laufe der Zeit nicht nur deutlich sicherer geworden. Dank leichtlaufender und längerer Schläuche sowie ergonomischer Halfter, in welche die Zapfpistolen nach dem Tanken kinderleicht eingehängt werden, ist der Vorgang auch deutlich komfortabler geworden. In Planung sind technische Lösungen, die Falschbetankungen – leider noch immer Alltag an Tankstellen – verhindern sollen. Ein Herstellerszenario skizziert die intelligente Zapfsäule, die mit dem Bordcomputer des Autos kommuniziert und im Falle des Falles keinen (falschen) Sprit ausgibt. Das ist super! Nicht Diesel. (avs)

Erhard für alle



TEXT Ralf Kalscheur

Auf Ludwig Erhard

berufen sich Politiker jeglicher Couleur. Doch was hat die Energiepolitik noch mit seiner Idee von der Sozialen Marktwirtschaft zu tun? Im wuchernden Regelwald nimmt das von ihm leidenschaftlich gehasste Schreckgespenst der Planwirtschaft Gestalt an.



dringlicher Vereinnahmungsversuche aus allen politischen Lagern. „Wohlstand für alle“ war das große Versprechen Ludwig Erhards und der Sozialen Marktwirtschaft. Dieses Versprechen wurde von seinen Möchtegern-Nachfolgern gebrochen“, schrieb Sahra Wagenknecht, stellvertretende Vorsitzende der Partei Die Linken, in einem Beitrag in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*: „Eine Politik, die (...) Familien und Mittelstand zwingt, die Energierechnung profitabler Konzerne mitzubehalten, sollte sich jedenfalls nicht auf Ludwig Erhard berufen, dem ein von Lobbyisten gekapeter Nachwächterstaat ein Graus war.“ Seine Freunde kann sich Erhard nicht mehr aussuchen.

Tragikomödie um „unverdrossene Kommunistin“
Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte das Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft in ihrer Regierungserklärung zum „Kompass“ der Großen Koalition erhoben. Der Kompass ist offenbar schwer beschädigt, denn er weist nicht den geraden und maßvollen, sondern einen von Mietpreisbremsen und Rentengeschenken gepflasterten Umverteilungsweg. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz trägt unverkennbar planwirtschaftliche Züge und ebenfalls zu den Pflasterarbeiten bei. Es ist schon tragikomisch, dass ausgerechnet die „unverdrossene Kommunistin“ Wagenknecht ganz richtig konstatiert, dass die Energiewende mit den „ordoliberalen Vorstellungen einer freien Wettbewerbswirtschaft“ Erhard'scher Vorstellung wenig zu tun hat.

Doch allzu viele Verbraucher scheint das bislang nicht zu jucken. Sie schlucken ohne großes Murren die horrenden Kosten, welche die verstaatlichten Energienetze ihnen aufbürden. Es scheint in weiten Teilen der Bevölkerung der unerschütterlich wirkende Glaube vorzuherrschen, dass eine vom Staat kontrollierte Wirtschaft zu ihrem persönlichen Vorteil sei. 36 Prozent der Deutschen in den alten Bundesländern und gar 42 Prozent in den neuen Ländern sind dieser Ansicht, ergab eine Allensbach-Umfrage im Auftrag der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Die Folgen der verfehlten Energiepolitik führten jedoch nicht zur

Im Foyer des Bundeswirtschaftsministeriums steht eine Büste von Ludwig Erhard. Ich muss aufpassen, dass die sich nicht wegdreht, wenn ich reinkomme.“ Das hat Philipp Rösler mal mit unverbrauchtem Taktgefühl gesagt, im November 2012, da war der junge Liberale noch Bundeswirtschaftsminister und sprach auf Einladung des Bundesverbands der Deutschen Industrie in einem historischen Berliner Umspannwerk. *Die Welt* hat den Moment damals schön eingefangen. „Das ist ein Industriemuseum“, habe Rösler halb schockiert, halb belustigt in seiner Rede vor dem Plenum festgestellt. Und dann angekündigt, alles dafür tun zu wollen, „dass man nicht die deutsche Industrie nach Abschluss der Energiewende nur noch in Museen besichtigen kann“.

In der Ahnenfolge Erhards ist längst Sigmar Gabriel (SPD) an der Reihe, die Energiewende zu flicken: „Wir haben die Systemherausforderungen unterschätzt.“ Das Reformwerk des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist über alle Maßen teuer, doch laut Gabriel können wir uns das leisten: „Wir leben seit Jahren wirtschaftspolitisch unter unseren Verhältnissen“, meint der Wirtschaftsminister: So habe sich Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft nicht vorgestellt.

Ludwig Erhard, „Vater des Wirtschaftswunders“. Wehrlos harret sein Denkmal im Zielkreuz zu-

Die deutsche Industrie – ein Museumsobjekt?

Können wir uns das Reformwerk des EEG leisten?



„Es trifft zweifellos zu, dass der Übergang von der Marktwirtschaft zur Planwirtschaft nicht die geringsten, umgekehrt aber die Ablösung der Planwirtschaft durch eine freie Marktwirtschaft die denkbar größten Schwierigkeiten bietet.“

LUDWIG ERHARD

Der Ruf nach noch mehr Staat?

Ablehnung der Maßnahmen, so die Allensbach-Analyse, sondern im Gegenteil zu einem Ruf nach noch mehr Staat.

Vergehen am freien Markt

Als Ludwig Erhard in seiner Funktion als Leiter der Wirtschaftsverwaltung in den westlichen Besatzungszonen 1948 die Währungsreform und das Ende der staatlichen Preiskontrollen verkündete, waren sogar die Besatzungsmächte skeptisch. Das freie Spiel von Angebot und Nachfrage in einem vielerorts immer noch von Notrationen gespeisten Alltag verunsicherte die Menschen. Als Allensbach in seiner ersten Repräsentativumfrage Ende 1948 wissen wollte, ob die Behörden die Preise wieder kontrollieren sollten, sprachen sich 70 Prozent der Befragten dafür aus. Erhards Hauptverdienst ist es, das Prinzip der offenen Märkte, in denen eigenverantwortlich handelnde Menschen nach ihrer Fassung in einem verlässlichen Ordnungsrahmen konkurrieren, gegen alle Ängste und Widerstände durchgesetzt zu haben. Es hat bestens funktioniert. Auch wenn sich die Zeiten geändert haben und das neoliberale Prinzip „Privat

Erhards Prinzip der offenen Märkte

vor Staat“ heute für soziale Kälte steht – Erhard hat die Alternative beschrieben:

„Die wachsende Sozialisierung der Einkommensverwendung, die um sich greifende Kollektivierung der Lebensplanung, die weitgehende Entmündigung des Einzelnen und die zunehmende Abhängigkeit vom Kollektiv oder vom Staat müssen die Folge dieses gefährlichen Weges hin zum Versorgungsstaat sein, an dessen Ende der soziale Untertan und die bevorstehende Garantierung der materiellen Sicherheit durch einen allmächtigen Staat, aber in gleicher Weise auch die Lähmung des wirtschaftlichen Fortschritts in Freiheit stehen wird.“

Was hätte Erhard wohl zum bürokratischen Erneuerbare-Energien-Gesetz gesagt? Man kann es sich denken. Die Grundidee des Gesetzes war, dass alle Stromkunden eine Umlage bezahlen, die sich nach ihrem Verbrauch richtet. Doch die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Arbeitsplätze der stromintensiven Industrie, die im Vergleich zur internationalen Konkurrenz jetzt schon hohe Strompreise zahlt, dürfen nicht gefährdet werden, sah die Bundesregierung nach eingehender Konsultation von Lobbyisten ein. Die gesetzliche Regelung für die Ausnahmen von der EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen, die sogenannte Besondere Ausgleichsregelung, wurde am 7. Mai 2014 vom Bundeskabinett beschlossen. Die Großindustrie trägt somit kaum etwas zur Energiewende bei, den Löwenanteil (70 Prozent) der Kosten trägt der private Stromverbraucher. Sogar die Eigenstromerzeugung ist von der EEG-Umlage betroffen. Den Wettbewerbsnachteil haben die kleinen und mittelständischen Betriebe, deren Jobs wohl nicht so wichtig sind. „Für die meisten Länder in Europa sind wir sowieso Bekloppte“, sagte Wirtschaftsminister Gabriel vor ein paar Wochen in einer Rede zur Energiewende in einem Betrieb für Solartechnik.

Ziel plangemäß verfehlt

Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz – das EEG-Pendant auf dem Wärmemarkt – soll den Ausbau erneuerbarer Energien bei der energetischen Gebäudeversorgung im Wärme- und Kältebereich vorantreiben. Eigentümer von Neubauten mit einer Nutzfläche von mehr als 50 Quadratmeter sind ordnungsrechtlich verpflichtet, den Energiebedarf anteilig aus erneuerbaren Energien zu decken. „Frei“ steht den Eigentümern nur noch die Wahl und Kombination der ökologisch einwandfreien Quellen. Das Gesetz betrifft auch bestehende öf-



Staat als Schiedsrichter
für Regulierungsprinzipien

→ Folgen der Energiewende:

- 1 Die deutschen Atommeiler werden abgewrackt – doch wer zahlt dafür die Zeche?
- 2 Pumpspeicherkraftwerke könnten für neue Versorgungssicherheit sorgen – doch Investoren fürchten Wutbürger und unstete Politiker.
- 3 Große Energieverbraucher bleiben von der EEG-Umlage befreit – Verbraucher und Mittelstand sind die Leidtragenden.

↑ Kein Allheilmittel:

Offshore-Windkraftanlagen sind extrem teuer, anfällig und bislang schlecht mit dem Netz auf dem Festland verbunden.

fentliche Gebäude. Im grün regierten Baden-Württemberg besteht die Pflicht unter bestimmten Voraussetzungen sogar für Besitzer älterer Häuser, bei einer Heizungsmodernisierung den Wärmebedarf zu mindestens 15 Prozent durch erneuerbare Energien zu decken. Der „Erfahrungsbericht zum Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz“ des Umweltministeriums weist darauf hin, dass die Zwangsmaßnahme zu einem rückläufigen Trend beim Einsatz erneuerbarer Energien geführt hat. Im Klartext: Das Gesetz hat die Sanierungsquote gesenkt.

Die Energiepolitik bewirkt also das genaue Gegenteil ihres intendierten Ziels. Denn viele Eigentümer scheuen die hohen Investitionen in neue

Wärmepumpen, Solaranlagen oder Holzkessel und heizen lieber weiter klimaschädlich mit der bewährten Anlage. Der Treibhausgasausstoß Deutschlands hat im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr sogar noch um 1,2 Prozent zugenommen, ergaben vorläufige Berechnungen und Schätzungen des Umweltbundesamtes. Damit steigen die Kohlendioxidemissionen in Deutschland bereits im zweiten Jahr in Folge. Und was machen die Grünen mit dieser Erkenntnis? Sie möchten die Ölheizungen verbieten, so steht es in ihrem Wahlprogramm. Doch in vielen ländlichen Regionen gibt es gar kein ausreichendes Gasnetz als Alternative. Wer dort lebt, müsste sich dann im Winter wohl warme Gedanken machen – darüber zum Beispiel, was Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann unter seiner „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ versteht.

Effizienzmaßnahmen hingegen wirken deutlich nachhaltiger, wie verschiedene Studien belegen. Energiesparen statt Zwangsinvestitionen in erneuerbare Energien sollte daher die Losung lauten. Denn Effizienzmärkte bieten Bürgern und Unternehmen bessere Anreize, weil sie in ihren Investitionsentscheidungen freier sind und in der Regel selbst von den eingesparten Energiekosten profitieren. Das ist keine Überraschung, wenn man Erhards Vertrauen in die Selbstheilungskraft der Märkte teilt. Der Staat sollte sich seiner Meinung nach im Wesentlichen auf eine Art Schiedsrichter-Funktion beschränken, um wichtige Regulierungsprinzipien wie etwa jenes zur Kartellverhinderung zu überwachen. Denn „den Gegenpol der wirtschaftlichen Freiheit stellt die Ausprägung wirtschaftlicher Macht dar“, sagte Erhard. Zu den wichtigsten Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gehört die Konstanz der Wirtschaftspolitik und damit die Schaffung politischen Vertrauens. Der Atomausstieg ist ein sehr anschauliches Beispiel, in dem gegen dieses Prinzip krass verstoßen wurde.

Der Regulierungs-GAU

Die hochsubventionierten Kernkraftwerksbetreiber, die mit Atomstrom jahrelang Milliardenbeträge verdient haben, wollen die Abwrackkosten für ihre Meiler in eine staatliche Stiftung abwälzen. Das Prinzip „Gewinne privatisieren, Risiken sozialisieren“ hat der Steuerzahler in der Finanz- und Bankenkrise bereits kennenlernen dürfen. Die drei größten Kernkraftwerksbetreiber mussten Rückstellungen bilden für die Entsorgungskosten der

Meiler, rund 36 Milliarden Euro. Durch die bilanzielle Berücksichtigung der nuklearen Zukunftslasten garantieren sie zwar die künftige Verfügbarkeit der angesammelten Finanzmittel, doch die dafür vorgesehenen Mittel blieben liquide im Unternehmen. Das Geld wurde lange schon investiert, etwa in konventionelle Kraftwerke. Das Portfolio der Konzerne ist hoch risikobehaftet, denn auch die Kohle- und Gaskraftwerke werden durch die Konkurrenz der erneuerbaren Energien zunehmend aus dem Wettbewerb gedrängt. Im Gegenzug zur Einrichtung einer staatlichen Stiftung, die dann auch die Meiler übernehmen und bis 2022 betreiben soll, wollen die Betreiber großzügig auf Schadenersatzforderungen verzichten. Das Risiko, die Verursacherhaftung, läge dann bei der Politik. Ein weiteres wichtiges Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft, das Haftungsprinzip, wäre damit aus den Angeln gehoben. Aber vielleicht ist der Schwarze Peter des Missmanagements bei der Politik auch ganz gut aufgehoben. Sie hat den Schlamassel mit dem plötzlichen Atomausstieg schließlich erst angerichtet. Schade nur, wenn am Ende der Steuerzahler wieder die Rechnung bekommt.

Zur Versorgungssicherheit nach dem Atomausstieg sollten Pumpspeicherkraftwerke wesentlich beitragen. Die produzieren Strom und haben zudem den Vorteil, den überschüssigen Strom aus Wind- und Sonnenenergie speichern zu können, der mangels Netzen und Abnehmern bislang billig oder sogar gratis ins Ausland fließt. Doch der von den Pumpspeicherkraftwerken produzierte Strom ist im Vergleich zum Wind- und Sonnenstrom zu teuer geworden. Ein neues Projekt im Schwarzwald, gemeinsam von RWE und ENBW für 1,6 Milliarden Euro geplant, steht darum auf der Kippe. RWE hat das Handtuch geworfen, denn der angeschlagene Essener Konzern kann keine unrentablen Kraftwerke gebrauchen. ENBW aber bleibt zunächst am Ball, will sich zumindest die Bauoption offenhalten. Das drittgrößte Energieversorgungsunternehmen in Deutschland gehört zu 45 Prozent dem rot-grün regierten Land Baden-Württemberg. Könnte ja sein, dass eine neuerliche Wende in der Energiewende Pumpspeicherkraftwerke wieder attraktiv macht.

Und was würde Erhard tun, fragte Roland Tichy – scheidender Chefredakteur der *Wirtschaftswoche* – jüngst in seinem Editorial. Und lieferte die Antwort gleich mit: „Erhard käme auf eine ganz ande-



„Jede Planwirtschaft beruht auf der Vorstellung, dass irgendeine Behörde so weise sein kann und dass sie einen so großen Apparat hat mit Statistiken usw., dass es möglich ist, besser als das Volk selbst zu entscheiden, was dem Volke frommt.“

LUDWIG ERHARD

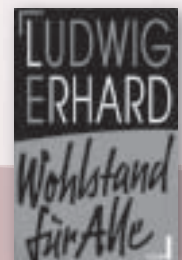
re Idee und würde das planwirtschaftliche Erneuerbare-Energien-Gesetz abschaffen – dann fände der Strom schon seinen Weg zum Verbraucher, zum Bruchteil der Kosten und ohne Energieminister und aufgeblasenes Getue und Gewese um von der Politik selbst geschaffene Probleme.“ Es ist zum Wegdrehen – aber das kann Erhards Büste nicht. ■

Abschaffung des planwirtschaftlichen EEG

ZUR PERSON

LUDWIG ERHARD

Ludwig Wilhelm Erhard (geboren am 4. Februar 1897 in Fürth, gestorben am 5. Mai 1977 in Bonn) war von 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft unter Konrad Adenauer und von 1963 bis 1966 zweiter Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Die formale Parteimitgliedschaft Erhards ist umstritten, obwohl er als Wirtschaftsminister und Bundestagsabgeordneter seit 1949 nur für die CDU aktiv war. Von 1966 bis 1967 war er Bundesvorsitzender, ab 1967 Ehrenvorsitzender der CDU. Mit „Wohlstand für alle“ verfasste Ludwig Erhard 1957 sein ordnungspolitisches Manifest. Darin forderte er freien Wettbewerb, Erwirtschaften statt Verteilen und appellierte für einen mündigen Bürger.





„TENDENZ IN RICHTUNG PLANWIRT- SCHAFT“

INTERVIEW

Axel vom Schemm

Ungerecht, ineffizient, planlos und unsozial: Im Gespräch mit *energie+Mittelstand* lässt FDP-Parteichef Christian Lindner kein gutes Haar an der Energiepolitik der großen Koalition.

? Herr Lindner, die Energiepolitik scheint ein bürokratisches Monster geworden zu sein. An den Fronten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der Wärmegesetze wird auf Bundes- und Länderebene gebastelt, jede Regel zieht eine neue nach sich. Ist das noch Soziale Marktwirtschaft oder schon Planwirtschaft? Die Überregulierung des Energiemarktes tendiert in Richtung Planwirtschaft – ja, das ist so. Die Energiewende wird teurer als nötig. Der Netzausbau stockt, die Rentabilität der für die Gewährleistung von Versorgungssicherheit unerlässlichen fossilen Kraftwerke ist vielfach nicht mehr gegeben. Aber

beim Ausbau der Erneuerbaren gibt es weiterhin ein viel zu hohes Tempo. Und über die Hälfte des Strompreises wird durch den Staat, also durch Steuern, Umlagen und Abgaben, bestimmt. Wir fordern, viel stärker auf marktwirtschaftliche Elemente zu setzen und einen europäischen Binnenmarkt für Energie zu verwirklichen. Weil nur der Wettbewerb zu sinkenden Preisen führt. Ich plädiere daher dringend für einen marktwirtschaftlichen Neuanfang in der Energiepolitik, um die Auswüchse einer übermäßigen staatlichen Mikrosteuerung aus anlassbezogenen Korrekturen, Ausnahmen und Gegenausnahmen zu beenden.



„DIE KUNDEN SIND BEIM VERSORGER ‚GEFANGEN‘“

Christian Lindner
über Anschlusszwänge bei
Nah- und Fernwärmenetzen.

? Kritiker der Energiewende fordern seit langem eine Abschaffung ordnungsrechtlicher Instrumente wie des EEG. Die Regierung feiert das Fördergesetz hingegen als Erfolgsgeschichte. Auf welcher Seite stehen Sie?

Wir wollen das EEG außer Kraft setzen. Dieses Gesetz war zur Markteinführung für neue Technologien gedacht. Diese Phase haben die erneuerbaren Energien bei einem Anteil von rund 25 Prozent inzwischen jedoch längst hinter sich gelassen. Der Kapazitätsausbau liegt bereits über der aktuellen Zielmarke. Diese Form der Dauersubventionierung passt aber nicht mehr in die Zeit und ist sozial und finanziell unverträglich. Denn weder gibt es im EEG eine Obergrenze des Subventionsvolumens, noch steuert es den Ausbau nach marktwirtschaftlichen Kriterien. Für Privathaushalte und Wirtschaft ist der ungebremste Ausbau der erneuerbaren Energien zu einer Belastung geworden. Das EEG gefährdet gemeinsam mit den stetig steigenden Netzentgelten die industrielle Basis, die eng geknüpften Wertschöpfungsketten unseres Landes und damit Arbeitsplätze. Der als „beispiellos“ bezeichnete Erfolg erweist sich vor dem Hintergrund der beschleunigten Energiewende daher zunehmend als vordergründig. Solange der Netz-

und Speicherausbau nicht vorankommt, sollten wir kurzfristig weitere finanzielle Förderungen stoppen. Stattdessen wollen wir dann ein marktwirtschaftliches Förderregime etablieren, wie beispielsweise ein zertifikatebasiertes und europäisch harmonisiertes Quotenmodell.

? Wenn der Atomausstieg nun schon einmal Konsens ist: Müsste der Umbau der deutschen Energiewirtschaft sich nicht viel stärker an den Idealen der Sozialen Marktwirtschaft – oder wenigstens an denen von Marktwirtschaft und Wettbewerb – orientieren? Und falls ja: an welchen Idealen?

Für bezahlbare Energie und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Deutschland und Europa brauchen wir unbedingt mehr Markt und weniger staatliche Feinststeuerung. **Es ist naiv zu glauben, man könne gleichzeitig aus Kernenergie, Gas und Kohle aussteigen.** Wer wie die Grünen das schon jetzt aberwitzige Tempo des Ausbaus der erneuerbaren Energien noch weiter erhöhen und finanziell fördern will, der ignoriert physikalische Grenzen beim Netzausbau und verspielt das Geld der Stromkunden. Mir scheint überhaupt, dass Deutschland in Sachen Energie in eine Art kollektiver Selbsthypnose verfallen ist. Niemand will sehen, welches enorme Zerstörungswerk für unseren Wohlstand und die Natur mit der Energiewende verbunden ist. Alle im Bundestag vertretenen Parteien orientieren sich allein an Klimaschutzzielen, aber nicht am ökonomisch Vertretbaren. Dabei muss die Frage der Wirtschaftlichkeit gleichrangig neben den Klimaschutz rücken, also die Bezahlbarkeit für den Rentner, den Studenten und den Facharbeiter.

? Einen staatlich gesetzten Ordnungsrahmen als neoliberale Wettbewerbsordnung hatte schon Ludwig Erhard auf dem Schirm. Stehen ordnungspolitische Maßnahmen wie die



Radikale Umkehr:

Christian Lindner will weg vom EEG und plädiert für ein technologieoffenes, zertifikatsbasiertes Mengenmodell.

Zwangsabgabe auf den Strompreis, diskutierte Umlagen auf fossile Brennstoffe oder sogar Verbote bestimmter Brennstofftechniken noch in dieser Tradition? Oder verhindern sie nicht eher den freien Markt?

Das EEG oder Initiativen wie ein Kohleausstiegsgesetz beruhen auf dem Irrglauben, der Staat könne die künftig erfolgreichen Technologien oder Energieträger bereits Jahrzehnte im Voraus identifizieren und durch entsprechende Maßnahmen gezielt fördern. **Ziel muss stattdessen der Wettbewerb um die besten Lösungen für den Klimaschutz und die Umsetzung der Energiewende sein.** Grundlage des europäischen Klimaschutzes ist der zertifikatbasierte Emissionshandel. Er stellt technologieneutral die kosteneffiziente Einhaltung der CO₂-Minderungsziele sicher. Dieses Instrument sollten wir weiterentwickeln und auf den Energiemarkt, einschließlich Speicher und Energieeffizienz, ausdehnen. Die Schaffung eines integrierten Energiemarkts stellt sicher, dass jeder Cent so effizient wie möglich genutzt wird.

? Immer mehr Kommunen setzen Anschlusszwänge für ihre Nah- und Fernwärmenetze durch. Zum Leidwesen des SHK-Mittelstands und des Schornsteinfegerhandwerks, denn diese Gewerke werden dadurch Geschäftsfelder verlieren. Wie vertragen sich diese politisch verordneten faktischen Berufsverbote mit marktwirtschaftlichen Prinzipien?

Kraft-Wärme-Kopplung bietet erhebliche Potenziale für die Energieeffizienz. Investitionsentscheidungen sollten sich aber an der Wirtschaftlichkeit orientieren. Da die Eigenwirtschaftlichkeit beim Betrieb von Wärmenetzen jedoch häufig nicht erreicht werden kann, findet in der Regel eine Solidarisierung der Kosten über Anschluss- und Benutzungszwänge statt. **Die Kunden sind beim monopolistischen Versorger „gefangen“, einen freien Wettbewerb gibt es nicht.** Daher ist die Berechtigung für solcherlei Anschlusszwänge in der heutigen Zeit ernsthaft zu hinterfragen.

? Viele Städte und Gemeinden, die ihre Nahversorgungstätigkeiten angesichts hoher Schulden vor Jahren versilbert haben, wollen das Rad nun zurückdrehen – in der Hoffnung auf höhere Einnahmen. Dass der lokale Grundversorger für den Verbraucher per se günstiger ist, wie

die Initiatoren gern argumentieren, bleibt aber eine Mär. Wie bewerten Sie den Hang zur Re-kommunalisierung auf dem Energiemarkt?

Auf den Kommunen lastet häufig, aus dem politischen Raum vermittelt, ein hoher Erwartungsdruck, die Energieversorgung möglichst umfassend in die kommunalen Hände zu übernehmen. Vorsicht ist gerade dann geboten, wenn Kommunen gedrängt werden, Aufgaben anzunehmen, die sie nicht erfüllen können, weil ihnen das Knowhow dazu fehlt. Wie zum Beispiel bei der Netzübernahme. Die ist mit erheblichen finanziellen Risiken verbunden, bei gleichzeitiger staatlicher Regulierung und Deckelung des Erlöses. Hier kann der Schuss auch nach hinten losgehen.

? **Auch die Verbraucher ächzen. Der Strompreis stieg durch die staatlich gemachte Verteuerung um mehr als 60 Prozent in den vergangenen zehn Jahren. Bürger, die Fernwärme beziehen müssen, zahlen oft drauf, wie das Bundeskartellamt ermittelte. Und fehlgeleitete Förderinstrumente sorgen noch immer dafür, dass der Hartz-IV-Empfänger dem Besserverdiener die Photovoltaikanlage per EEG-Umlage subventioniert. Geht Energiewende nur sozial ungerecht?** Das EEG ist ungerecht, ohne Frage. **Einkommensschwache Familien zahlen über den Strompreis kräftig mit, während Haushalte mit Vermögen und höheren Einkommen von der finanziellen Förderung ihres Solardaches profitieren. Das ist Umverteilung von unten nach oben. Rentner und Bafög-Empfänger finanzieren die Rendite von Anlegern, die in Solaranlagen oder Windräder investiert haben. So kann das nicht bleiben.** Zudem verdient der Staat mit jeder Erhöhung der Ökostromumlage über die Mehrwertsteuer kräftig dazu. Er sollte auf die ihm zufließenden Steuermehreinnahmen verzichten und dieses Geld den Verbrauchern zurückgeben. Um die Verbraucher kurzfristig zu entlasten, sollte man die Stromsteuer senken. ■

ZUR PERSON

Christian Lindner

(geboren: 7. Januar 1979 in Wuppertal)
ist seit Dezember 2013 Bundesvorsitzender der FDP.
Seit Mai 2012 ist er, wie schon zwischen 2000 und 2009, Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Zudem ist er Vorsitzender des Landesverbandes und der Landtagsfraktion der FDP in NRW.



UNTER DER GLOCKE DES STAATES



TEXT Annkathrin Frind

Bundesweit gibt es einen Trend, gemeindliche Dienstleistungen wieder zu verstaatlichen: die Rekommunalisierung. Im Fall der Konzessionsvergabe verzerrt die Politik den Wettbewerb zwischen privat und Staat – zulasten von Verbrauchern und Mittelstand.

Stadtwerke Tecklenburger Land – das klingt schön. Doch der Name ist ein Bluff. Denn die Stadtwerke Tecklenburger Land sind noch gar keine. Sie bestehen nur auf dem Papier. Bislang haben die Kommunalpolitiker von Ibbenbüren, Westerkappeln, Lotte, Hopsten, Recke, Mettingen und Hörstel nur einen Ratsbeschluss gefasst. Mitten in Westfalen tun sich die sieben Gemeinden zusammen, um die Nutzungsrechte der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze vom Energiekonzern RWE zurückzubekommen. So würden sie wieder Grundversorger von mutmaßlich 130.000 Bürgern in der Region.

Das, was sich in den Rathäusern im Tecklenburger Land abspielt, liegt bundesweit im Trend. Sein Schlagwort klingt

ziemlich technisch und harmlos: Rekommunalisierung. Dahinter verbirgt sich, dass Städte und Gemeinden versuchen, sich wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge zurückzuholen. Der Staat steigt damit wieder als Teilnehmer auf dem Energiemarkt ein, den er noch Anfang der 1990er-Jahre privatisiert hatte. Damals, als aus Gebührenbescheiden Rechnungen wurden. Allerdings: Dieses „Zurück-zum-Staat“ kann sowohl zulasten der Verbraucher als auch des Mittelstands gehen – obendrein missachten Kommunalpolitiker und Verwaltung die freie Wirtschaftsordnung. An Rückendeckung aus der nächsthöheren Instanz fehlt es ihnen indes nicht. CDU/CSU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag ein zentrales politisches Ziel ausgewiesen: Die

„Handlungsfähigkeit der Stadtwerke“ soll aufgrund ihrer Bedeutung für die Daseinsvorsorge gestärkt werden.

Dementsprechend hat der Deutsche Bundestag den Städten zu Wettbewerbsvorteilen verholfen. Seither ist der Energiemarkt zwischen privat und Staat verzerrt. Warum Bürgermeister nun wieder Kaufleute werden wollen, hat mit ihrer Suche nach zusätzlichen Einnahmequellen für die kommunalen Haushalte zu tun. Die Aussichten sind rosig. Kommunale Stadtöcher werfen eine feste Rendite ab – also Gewinne, die in den städtischen Haushalt fließen. Die Gelegenheit des Wiedereinstiegs in das Energiegeschäft war für die Kommunen selten günstiger als jetzt. Denn: Die Übernahme örtlicher Leitungs-



Immer mehr Kommunen verhängen
einen Zwang zum Anschluss an das
Fernwärmenetz – dabei lohnt sich dieser vor
allem in ländlichen Regionen für
Verbraucher nicht.

netze ist nicht jederzeit möglich. Konzessionsverträge, in denen die Städte einem Unternehmen das Verlegen und Nutzen von Leitungen unter der Straßendecke erlauben, werden meist auf 20 Jahre geschlossen. In den kommenden fünf Jahren laufen in Deutschland schätzungsweise 200.000 Konzessionen aus und müssen verlängert werden – oder eben nicht, wenn sie wieder in staatliche Hände fallen.

Frühestens im Jahr 2015 kann das Tecklenburger Land den Zuschlag für die Konzessionen erhalten. Hamburg, Dortmund, Gelsenkirchen haben es den sieben westfälischen Gemeinden vorgemacht, wie sich Anteile am lokalen Energiemarkt wieder zurückzuholen lassen. Nach Angaben des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) hat es seit dem Jahr 2007 bundesweit 40 Neugründungen von kommunalen Stadtwerken gegeben. Und: 200 Mal mussten Konzerne Konzessionen für Strom-, Gas- und Fernwärme wieder in die öffentliche Hand zurückgeben.

Darauf spekuliert auch Heinz Steingröver (SPD) im Tecklenburger Land. Er ist Bürgermeister von Ibbenbüren: „Die Stadtwerke sind der Einstieg in die interkommunale Zusammenarbeit.“ Unternehmensberater Dirk Riekenberg, der die Stadtwerke-Rückholaktion fachlich begleitet, sagt: „Das flexible Konstrukt kann je nach Interessenlage auf weitere Wirtschaftsbereiche ausgeweitet werden.“ Noch ist das in die Zukunft gesprochen. Im vorausseilenden Gehorsam haben die sieben Bürgermeister indes schon eine Netzgesellschaft gegründet, obwohl sie noch gar keinen Zugriff auf diese Netze haben. Denn erst wenn eine Kommune die Netzkonzession erhält, darf sie die Netze bewirtschaften – und so Grundversorger in der Region werden, bei dem etwa 90 Prozent aller Deutschen Kunde sind. Strom, Erdgas, Wasser – alles würde wieder zu Staatsmonopolen. So wie es früher war. Und die Kunden können nicht weglaufen oder sich wehren. Die Fernwärme ist ein Beispiel. In Greifswald müssen Neubauten

an das Fernwärmenetz angeschlossen werden, die Kommune darf einen Anschlusszwang durchsetzen. Den Verbrauchern wird die Wahlfreiheit in Sachen Wärmeenergie genommen. „Jene, die ein Haus bauen, sollten sich für Ja oder Nein entscheiden dürfen“, sagt Gerold Happ. Einen Verstoß gegen das Verfassungsrecht sieht der Geschäftsführer Immobilien- und Umweltrecht bei *Haus & Grund* dann, wenn Eigentümer gezwungen werden, bestehende Heizungen auszutauschen – und so Mehrkosten entstehen.

Eingriff in die Grundrechte

„Das wäre ein Eingriff in die Eigentumsrechte“, sagt Happ. Nach einer Untersuchung des Fernwärmemarktes kommt auch Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamtes, zu folgender Einschätzung: „Die Rekommunalisierung der Netze dient nicht per se den Interessen der Verbraucher.“ Über allem schwebt die Gefahr, dass die kommunale Ebene den Kunden einen finanziellen Aufschlag auf den marktüblichen Energiepreis berechnet – zum Beispiel um mit den Mehreinnahmen das städtische Schwimmbad oder die Bibliothek zu finanzieren. Nicht nur die Verbraucher tragen die Kosten der waghalsigen Geschäfte der Gemeinden in Form von höheren Energiekosten oder Steuern, sondern auch der Mittelstand. Das Handwerk montiert weniger neue Heizungsanlagen. „Im Fall einer Zunahme des Fernwärmezwangs würden zahlreiche Schornsteinfeger ihren Arbeitsplatz verlieren“, sagt Dieter Stehmeier. Der Technik-Vorstand des Bundesverbands des Schornsteinfegerhandwerks hat für politische Eingriffe in

Schalten den Markt per Knopfdruck aus:

Die Bürgermeister der sieben Gemeinden Ibbenbüren, Recke, Mettingen, Westerkappeln, Hopsten, Lotte und Hörstel sowie ihre Berater schalten den Online-Auftritt der Stadtwerke Tecklenburger Land frei.



den Energiemarkt Verständnis, solange sie „kein Deckmantel für andere kommunale Interessen“ seien – wie etwa Quersubventionierungen. Den Anschlusszwang sieht auch Andreas Müller kritisch. „Wenn Bundesländer, Städte und Gemeinden den Ausbau der Wärmenetze mit Steuergeldern fördern, sind das planwirtschaftliche Entwicklungen“, sagt der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Sanitär, Heizung, Klima. Wem das schadet? „Dem Handwerk“ – also dem Mittelstand. So handelt es sich bei der Mehrheit der mittelständischen Energiehändler um Familienunternehmen, die über Generationen hinweg in der Region verwurzelt sind und denen die Kunden daher als verlässliche Partner in Sachen Wärmeversorgung vertrauen.

Gegenwärtige politische Beschlüsse verzerren den Wettbewerb zwischen privat und Staat noch stärker. So monieren die Marktaufseher des Bundeskartellamtes, dass bei der Konzessionsvergabe die Art der Ausschreibung den Prinzipien des freien Wettbewerbs widerspreche. Transparent und diskriminierungsfrei habe das Verfahren nach den europäischen Freiheiten und nicht nach dem Vergaberecht abzulaufen, heißt es in einem Leitfaden von Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur. Das bedeutet: Bürgermeister und Räte dürfen sich nicht selbst den Vorzug geben. So die Theorie. Die Praxis sieht anders aus, die staatliche Seite ist im Vorteil. Denn wenn sich Städte um Netze bewerben, sind sie diejenigen, die die Vorgaben für die Ausschreibung machen. Nicht selten kommt es vor, dass Verwaltungen einen Passus beifügen, wonach „Bewerber in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft“ gegenüber privatwirtschaftlichen zu bevorzugen sind.

Kommt es dann zu einer Neugründung eines kommunalen Stadtwerks, sehen es die Bürgermeister gerne, wenn die Geschäfte Verwaltungsbeamte übernehmen: Die Kämmerer gelten als aussichtsreiche Kandidaten, die die Aufgabe unentgeltlich übernehmen – oft ohne Kenntnisse über den Energiemarkt. Müssen sie auch nicht haben, denn sie verfolgen andere Ziele: Geld für den Haushalt abschöpfen. Die Marktgesetze sind außer Kraft, da Staatsbetriebe nicht dem Zwang von Effizienz und Rentabilität unterliegen. Im schlechtesten Fall zulasten der Verbraucher und der Privatwirtschaft. ■



Beruf: Problemlöser!



TEXT Axel vom Schemm

FOTOS Dominik Asbach

Seit zwölf Jahren führt Thomas Rehbaum die AVIA-Tankstelle in Kamen, die Branche kennt er schon weitaus länger. *energie+Mittelstand* besuchte den 46-Jährigen an seiner Station im Ruhrpott und sprach mit ihm über Arbeitszeiten, politische Hürden, Polizisten mit Maschinengewehren und den ganz normalen Alltagstrubel.

Da muss selbst Thomas Rehbaum kurz nachdenken. Obwohl der 46 Jahre alte Pächter der AVIA-Straßentankstelle am Schattweg in Kamen eher der kommunikative Typ ist, hält er bei der Frage nach seinem Berufsbild inne. „Das hat sich in den vergangenen Jahrzehnten total verändert. Die Anforderungen sind nicht nur andere, sondern auch deutlich mehr geworden“, sagt Rehbaum. Er muss es wissen, hat er das Branchengeschäft doch quasi mit der Muttermilch aufgesogen. Die Eltern führten ab 1977 eine Tankstelle im nahen Münster, in der Sohn Thomas schon als Kind hinter der Theke spielte und später als Teenager ordentlich mit anpackte. „Damals ging es deutlich ruhiger zu“, erinnert sich Rehbaum. Kein Wunder, war das inzwischen so umfangreiche Shopgeschäft seinerzeit nur rudimentär vorhanden, die Auswahl an Tabakwaren und Alkoholika beispielsweise sehr übersichtlich. „Dafür spielten Serviceleistungen rund um das Auto noch eine Rolle. Die werden nun fast gar nicht mehr nachgefragt“, sagt Rehbaum, der mit 27 die elterliche Tankstelle in Münster übernahm.

Doch nicht im Wandel der Angebotspalette sieht Thomas Rehbaum die bedeutsamste Veränderung. „In meinen Augen liegt die größte Herausforderung inzwischen darin, dass die Kunden immer weniger Zeit haben. Durch die ständige Erreichbarkeit steigt der Stresspegel zusehens“, schildert der 46-Jährige seine täglichen Erfahrungen. Daher seien er und seine 16 Teilzeitmitarbeiter nicht selten als Psychologen gefragt. „Man muss sich in die Rolle des Kunden versetzen können. Viele kommen schon gestresst bei uns an, der Tankvorgang selbst macht dann auch nicht wirklich Spaß, zumal man dabei stets auf das Preisfeld schaut. Und an der Kasse lässt man dann eben mal Luft ab“, berichtet Rehbaum. Zum einen sei es wichtig, die Kunden mit einem Lächeln oder einem freundlichen Wort abzuholen, zugleich dürfe man diese „negative Energie“, wie es der Pächter beschreibt, nicht an sich ranlassen. „Dann würde mir die Arbeit irgendwann keinen Spaß mehr machen, und wenn ich unzufrieden bin,

„Ein zufriedener Pächter ist das beste Kundenbindungsprogramm.“

Thomas Rehbaum,
Pächter der AVIA-Tankstelle
am Schattweg in Kamen



↑ Alles hat seine Ordnung: Auch die Präsentation der rund 1.500 Artikel im Shop gehört zu Thomas Rehbaums Aufgaben.

spüren die Gäste das auch.“ Sein Credo für ein langfristig erfolgreiches Geschäft lautet daher: „Ein glücklicher Pächter ist das beste Kundenbindungsinstrument.“ Eines, das in der AVIA-Station in Kamen, die Rehbaum 2002 übernahm, offenkundig funktioniert.

Der Chef kennt sie alle

Zwar können sich die beiden Kassenkräfte Ute und Jenny, die an diesem Tag die Frühschicht machen, mit Thomas Rehbaum nicht wirklich auf eine Quote der Stammkunden einigen. Klar ist aber allen, dass es viele sind. Und tatsächlich scheint Rehbaum die meisten Kunden, die an diesem Vormittag den Verkaufsraum betreten, persönlich zu kennen. Was wohl auch da-



ran liegt, dass der Chef an seiner Station sehr präsent ist. Morgens um sechs geht's in der Regel los, nicht selten mit übrig gebliebenen Vorfällen aus der Nachtschicht. „Da bin ich als Problemlöser gefragt. Wie so oft“, sagt Rehbaum schmunzelnd. Die Pläne für den Tag gehen dann schon am frühen Morgen über Bord. Zudem warten noch Bestellungen, Papierkram, Bestandsprüfung, Kontrollgänge und was noch so anfällt.

Feierabend ist dann selten vor 16 oder 17 Uhr. Pausen? „Mache ich meist nicht.“ Eine Morgenschicht pro Woche übernimmt der Pächter nach Möglichkeit selbst, „um das Gespür für die Kunden und die Probleme meiner Mitarbeiter nicht zu verlieren“, erklärt der 46-Jährige. Dem Betriebsklima scheint das gutzutun, eine Nachtschicht habe er in den zwölf Jahren noch nie übernehmen müssen, weil ihn ein Mitarbeiter hätte hängen lassen, sagt Rehbaum und lächelt zufrieden. Und das bei 24-Stunden-Betrieb an 365 Tagen im Jahr.

Doch auch das Tagesgeschäft ist fordernd genug: So muss der gelernte Groß- und Einzelhandelskaufmann nicht nur als Händler agieren. Im Shopgeschäft, aus dem er die lohnende Rendite erwirtschaftet, ist Warenkunde ein Muss – nicht immer leicht bei rund 1.500 Artikeln. Auch fiskalisch muss er sich angesichts der Vielzahl in der Tankstelle anfallender Steuerarten und -sätzen auskennen. Wer weiß schon aus dem Stegreif, dass Telefontarten von der Mehrwertsteuer befreit

OTTO FRICKE & CO. GMBH

Das Unternehmen startete 1858 als Ex- und Importeur von Leinen und Gewürzen. Das Geschäft blühte, ab 1922 erweiterten der Handel mit Kohlen und Düngemitteln das Angebot der Spedition, wenige Jahre später kamen Kraftstoffe und Mineralölprodukte hinzu. Die erste Tankstelle öffnete 1927. Nach einer ersten Markenpartnerschaft mit der Deutschen-Erdöl-Aktiengesellschaft (DEA) nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich das Schmierstoff- und Tankstellengeschäft rasant, mit in Spitzenzeiten bis zu 165 Stationen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. 2002 erwarb Elisabeth Schuster, Urenkelin des Firmengründers, die Anteile des damaligen Mitgesellschafters, machte die Firma Fricke wieder zu einem reinen Familienunternehmen und erwarb Anteile an der Deutschen AVIA Mineralöl-GmbH, München. Die heutige Otto Fricke & Co. GmbH unter Geschäftsführer Bernhard Austermann ist einer der großen Energiedienstleister. Das Tankstellennetz präsentiert sich mit mehr als 70 Stationen. → www.fricke-oil.de

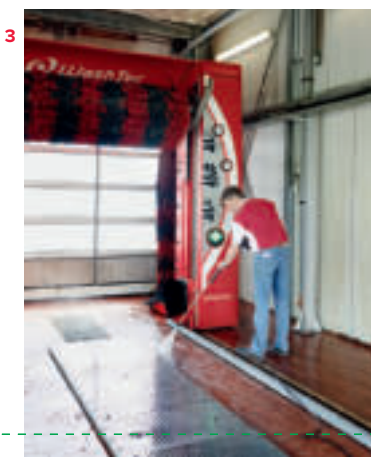
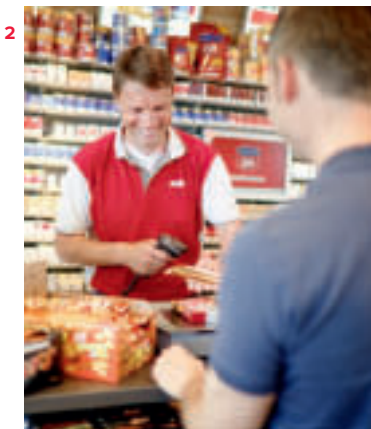
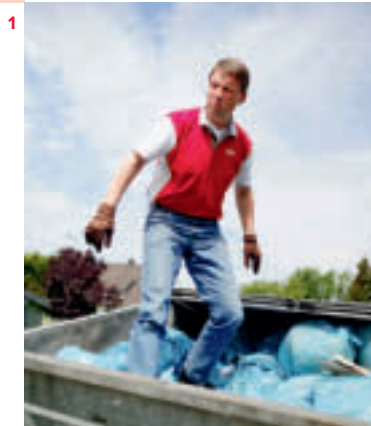
sind? Die Präsentation der Waren fordert ihn hingegen als Kreativgeist, an Kaffeemaschine und Brötchenauslage wird er zum Gastronom. Und wenn die Waschanlage mal nicht läuft, dem Luftdruckspender die Puste ausgeht, oder – wie vor einigen Jahren – nach einem Stromausfall die komplette Tankstellentechnik wieder angefahren werden muss, ist Rehbaum als Hausmeister gefragt. Übrigens auch dann, wenn der Müllcontainer überquillt. „Das gehört eben auch dazu“, sagt der 46-Jährige, während er in die geöffnete Müllbox steigt, um die Säcke plattzutreten. „Wenn ich das nicht mache, muss ich sie öfter leeren lassen. So spare ich bestimmt 2.000 Euro im Jahr“, erklärt Rehbaum, ganz Kaufmann.

Geld, dass er in seiner Funktion als Arbeitgeber gut gebrauchen kann. Denn die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 Euro, der auch für Minijobber gilt, schlägt auch bei ihm voll durch. „Ich muss meine Kalkulation komplett neu aufsetzen. Aber schon jetzt weiß ich, dass mich das rund 30.000 Euro pro Jahr kosten wird“, klagt Rehbaum. Und nimmt es hin. „Was sollen wir auch machen?“, fragt er nicht zu unrecht. Noch immer mussten die Tankstellen umsetzen, was sich die Politik ausgedacht hat – ganz gleich, ob Lkw-Maut, der Biosprit E10 oder die anstehenden Schockbilder auf Zigarettenspackungen. Und nicht sel-

→ **Gute Stimmung:**
Auf die Atmosphäre im Team legt Arbeitgeber Rehbaum viel Wert. Die Aushilfen Jenny (l.) und Ute haben sichtlich Spaß bei der Arbeit.



↓ **Mr. Vielseitig:**
Um Geld zu sparen, ist sich Rehbaum nicht zu schade, als menschliche Müllpresse aktiv zu werden. (1) Als Verkäufer macht er eine ebenso gute Figur (2) wie als reinlicher Waschanlagenbetreiber. (3)



ten haben diese Ideen den Mineralölmitelstand auch finanziell belastet. „Vor der Einführung von E10 hatten wir schon aus eigener Initiative heraus in großen Teilen unseres Tankstellennetzes die Sorte ‚Super Plus‘ mit zehn Prozent Bio-Ethanol eingeführt“, sagt Bernhard Austermann, Geschäftsführer der Otto Fricke & Co. GmbH in Gütersloh, die Betreiber der Tankstelle ist. „Als sich die Politik dann E10 einfallen ließ, das ursprünglich einmal den Superkraftstoff ersetzen sollte, mussten wir die Infrastruktur wieder komplett anpassen.“ Auch auf den Kosten für die technischen Umbauten im Zuge der Markttransparenzstelle sei man laut Austermann sitzengeblieben. „Und von den versprochenen Vorteilen für den Verbraucher kann ich nichts erkennen – außer, dass sie nun quasi amtlich beglaubigte Preise einsehen können.“ Bleibt zu hoffen, dass Berlin bei künftigen Maßnahmen verstärkt auf Dialog statt auf Zwang setzt.

Vielleicht eines Tages ein Buch ...

Das wünscht sich auch Rehbaum, denn 20 Jahre werde er den Job sicher noch machen. Vielleicht schreibt er 2034 dann das Buch mit Kuriositäten aus dem Arbeitsalltag, das er im Spaß bereits heute ankündigt. Darin stünde sicherlich die Anekdote von kürzlich, als er von einem Termin an die Tankstelle zurückkehrte und schon aus der Ferne das Blaulichtspektakel an seiner Station wahrnahm. „Eine Zufahrt versperrte ein Polizist mit Maschinengewehr. Später erfuhr ich, warum“, sagt Rehbaum und lacht. Ein Geldtransport der Bundesbank hatte mit zwei Großfahrzeugen und zahlreichem Geleit in Kamen Station gemacht und die Lkw-Zapfstelle kurzfristig zur Hochsicherheitszone umgestaltet. Stammkunden? Werden die freundlichen Herren aus Frankfurt wohl eher nicht. ■

— ZAHLEN FÜR DEN ATOMAUSSTURZ

In unserer Rechts- und Wirtschaftsordnung gilt das Verursacherprinzip. Wer etwas anrichtet, soll hinterher auch dafür geradestehen. Im Kneipenjargon heißt die volkstümliche Variante: Wer bestellt, bezahlt – oder auch mal umgekehrt: Wer bezahlt, darf auch bestellen.

Im Wirtschaftsleben lautet die Formel etwas distanzierter, dass Entscheidung und Verantwortung nicht auseinanderfallen dürfen. Wenn das mal nicht funktioniert, wie im Falle der Finanzkrise und der Bankenrettung, ist erst das Chaos groß und dann das Geschrei. Deshalb ist es gut und richtig, dass die Haftung wieder gestärkt wird.

„Die Kriterien, nach denen Betriebe die EEG-Umlage zahlen müssen, sind nach wie vor problematisch.“

Aber was heißt das nun bezogen auf die Energiewende und dem nach der Fukushima-Katastrophe eingeleiteten Atomaussturz?

Na gut, mit den Einkommen von Kanzlerin Angela Merkel und des damals um sein politisches Überleben kämpfenden baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus allein werden die Kosten nicht zu stemmen sein. Auch das Spendenaufkommen und Vermögen der CDU reichen dafür nicht. Aber im weiteren Sinne entspricht es dem Verursacherprinzip, wenn die Bürger zahlen. Schließlich unterstützen sie mit Zustimmungswerten von über 80 Prozent das baldige Ende der Kernkraft; und zwar sogar dann, wenn es höhere Strompreise bringt.

Dann ist es auch konsequent, dass die Wirtschaft nicht belastet wird, denn die meisten Unternehmen haben sich die Zusatzausgaben durch immer weitere Einspeisevergütungen nicht gewünscht. (Das gilt natürlich nicht für jene Firmen, die von der Wende profitieren). Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel hat bei seinen Verhandlungen mit EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia mehr für die energieintensiven Betriebe herausgeholt, als zu erwarten war.

Bloß dass die Fehler der Energiewende und die Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Kosten damit nicht behoben wurden. Es ist gut, wenn Arbeitsplätze in Deutschland nicht gefährdet werden. Aber die Kriterien, nach denen Betriebe die EEG-Umlage zahlen müssen, sind nach wie vor problematisch. Mittelständler sind weiterhin dran. Zudem geht es nach der Wettbewerbsintensität – aber gegenüber Drittländern. Die theoretische Begründung: Im Binnenmarkt sind alle Inländer, internationaler Wettbewerb findet nur mit chinesischen oder US-amerikanischen Anbietern statt. In der betrieblichen Praxis ist das natürlich Quatsch, wie ein Beispiel zeigt, dass EU-Energiekommissar Günther Oettinger gern bringt: Die Bäckerei in Offenburg, die die Autobahnraststätte am Rhein beliefert, konkurriert mit dem

Kollegen aus Mulhouse – und die französischen Nachbarn müssen eben keine EEG-Umlage zahlen.

Mit der groß von der Regierung gefeierten Veränderung am Ökosubventions-Regime, dem „EEG 2.0“, ändert sich gegenüber der Urversion herzlich wenig. Die Zubaukorridore werden etwas reduziert, aber der Deckel für den Wind an Land bedeutet im Vergleich zu den Vorjahren kaum eine Einschränkung. Und für die Rotoren auf hoher See wird die lukrativste Stufe der Förderung noch zeitlich verlängert, weil der Ausbau bisher aufgrund technischer und rechtlicher Probleme hakte. Das wird den Subventionsbedarf weiter steigen lassen, denn gerade die Offshore-Anlagen produzieren wegen des kräftigeren und häufigeren Windes große Mengen bezuschussten Stroms.

Billiger wird die Energiewende durch die bisherigen Entscheidungen der Großen Koalition also nicht. Insofern stimmt auch das Verursacherprinzip wieder: Wer viel bestellt hat, muss auch viel bezahlen. ■



HENNING KRUMREY, Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und Politikwissenschaft in Berlin und Köln und absolvierte die Kölner Journalismusschule. Seit 2009 ist Krumrey stellvertretender Chefredakteur der *Wirtschaftswoche* und Experte für Energiethemen.

Stellungnahmen unerwünscht?



Energiewende-Minister Sigmar Gabriel wird nicht müde zu betonen, dass Deutschland beim Umbau der Energieversorgung aufs Tempo drücken müsse. Bei den Wirtschaftsverbänden in Berlin weiß man nun auch, wie er das meint. Als dort vor einigen Wochen eine Mail aus dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) einging, staunte man nicht schlecht: Im Anhang befand sich der mehr als 300 Seiten starke Gesetzestext zur Reform der Energiewende. Verbunden mit der Bitte, bis zum Folgetag, 17 Uhr, Stellung zu nehmen. Für die kurze Zeitspanne entschuldigte man sich mit dem Hinweis „auf den insgesamt engen Zeitplan der EEG-Novelle“. Viele Verbände waren wenig begeis-

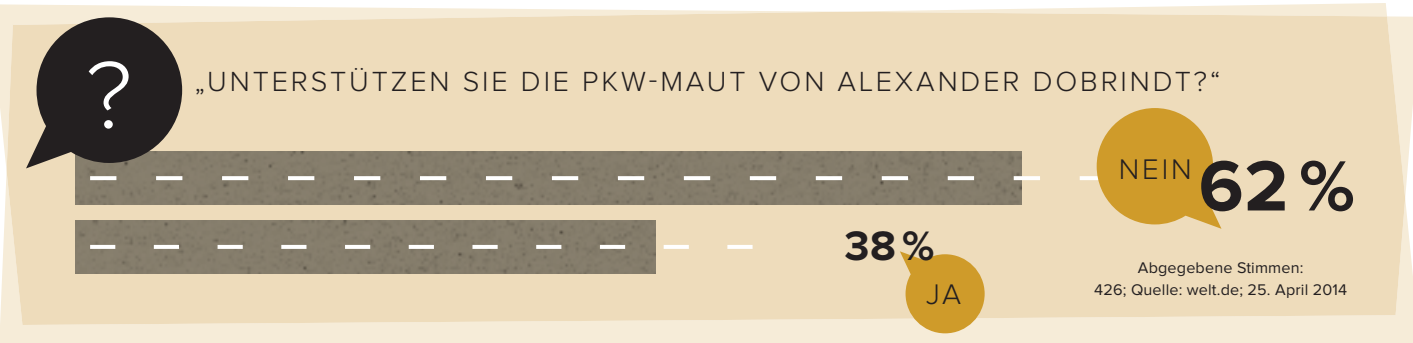
tert; der Bundesverband Regenerative Mobilität (BRM) legte trotz knapper Zeit seiner Stellungnahme einen vierseitigen Beschwerdebrief bei. Man habe nur 30 Stunden Zeit gehabt, um den Text zu lesen, mit dem ersten Entwurf zu vergleichen, aus ökonomischer, technologischer und juristischer Sicht abschließend zu bewerten und aus dieser Bewertung eine Stellungnahme zu entwickeln – was unmöglich sei. Dennoch schickten der BRM und knapp 100 weitere Interessenvertreter ihre Bewertung. Ob man sich im Ministerium wiederum die Zeit nimmt, diese zu lesen? Wer weiß das schon, mit Blick „auf den insgesamt engen Zeitplan der EEG-Novelle“. ■

Umfrage

MEHRHEIT GEGEN PKW-MAUT

Wohl kaum ein Thema diskutieren deutsche Autofahrer derzeit so eifrig wie die geplante Einführung der Pkw-Maut. Im Koalitionsvertrag ist das medienrätliche Vorhaben längst als politisch gewollt verewigt, nur an der Umsetzung hapert es. Denn die Pläne von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, nur ausländische Autofahrer finanziell in die Pflicht zu nehmen und gleichzeitig deutsche Pkw-Halter nicht stärker als bislang zu belasten, wollen sich partout nicht mit geltendem

EU-Recht vereinbaren lassen. Was den CSU-Mann noch lange nicht davon abhielt, bereits den verbindlichen Maut-Startschuss für Januar 2016 zu verkünden. Auch deshalb fürchten viele Deutsche, letzten Endes – und über die Kfz-Steuer hinaus – doch zur Kasse gebeten zu werden. Dafür spricht zumindest die Umfrage, welche die Tageszeitung *Die Welt* auf ihrem Onlineportal durchgeführt hat. Knapp zwei Drittel der Teilnehmer waren dort gegen die Pläne aus Berlin. ■





KLIMAKILLER POLITIKERFAHRZEUGE

Wenn Politiker durch die Republik düsen, um im Wählervolk für die ehrgeizigen CO₂-Ziele der Bundesregierung zu werben, dann haben sie ihr grünes Gewissen offenbar spätestens an der letzten Tankstelle entsorgt. In ihrer aktuellen Version des jährlich durchgeführten „Dienstwagen-Checks“ fand die Deutsche Umwelthilfe (DUH) heraus: **Deutsche Spitzenpolitiker – 228 haben teilgenommen – fahren gern stark motorisierte Dienstwagen**, ein „Ende des PS-Wahns“ sei nicht in Sicht. Das Problem: Je mehr PS das Auto hat, desto höher ist der Ausstoß schädlicher Klima-

gase. Den als umweltfreundlich geltenden EU-Zielwert von maximal 130 Gramm CO₂ pro gefahrenen Kilometer erreichte fast niemand. Als am umweltschädlichsten präsentierten sich die VW-Phaetons der Staatssekretäre; die Autos stoßen im Schnitt 224 Gramm CO₂ aus. Unrühmliches Schlusslicht auf Landesebene ist der Dienst-Audi-A8 von NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit 219 Gramm CO₂. Am besten schnitt der niedersächsische Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) ab: Sein VW-Jetta Hybrid kommt mit 95 Gramm CO₂ aus. Geht doch! —

EU-Plan



FILTERKAFFEEEMASCHINEN

VOR DEM AUS?

Staubsauger, Olivenölkännchen auf Restauranttischen – und jetzt Kaffeemaschinen? Kuriose Verbotspläne aus Brüssel gehören in der öffentlichen Wahrnehmung inzwischen eher zum politischen Alltag als ins Kuriositätenkabinett. Die neueste Stromsparidee der EU-Kommissare für 2015: Weg mit Filterkaffeemaschinen, die eine Warmhalteplatte haben. Maschinen, die eine solche Platte haben, dürfen als

Neugeräte künftig nur noch verkauft werden, wenn sie sich von selbst abschalten. Modelle mit Thermoskanne nach fünf, solche mit Glasbehälter nach spätestens 40 Minuten. Die beiden guten Nachrichten: Niemand muss seine vorhandene Kaffeemaschine verschrotten. Und nach 40 Minuten schmeckt die tiefschwarze Brühe eh nicht mehr. —

Fotos: picture alliance/dpa, action press, Nigel Monckton

— UND DANN WAR DA NOCH —

DIE DALLAS- TANKSTELLE



Bei dieser Nachricht hat Larry Hagman (gest. 2012) alias John Ross (J.R.) Ewing vermutlich sein legendäres Lachen aus dem Paradies geschickt. Mit billigem Benzin hat der TV-Sender TNT die Neuaufgabe der Edel-Soap Dallas beworben. Dazu haben die Fernsehmacher in New York eigens eine Tankstelle im Namen der fiktiven Serienfirma Ewing Energies eröffnen lassen, an der sie den Sprit deutlich unter dem Durchschnittspreis verkaufen. Protagonist der Aktion ist der heutige Serienheld John Ross Ewing (gespielt von Josh Henderson), gleichnamiger Sohn des Serien-Urgesteins, der sich in einem begleitenden Youtube-Video über die hohen Energiepreise beklagt und Abhilfe verspricht. Gute Nachricht für alle Wettbewerber: Jeder Kunde darf nur maximal 26 Gallonen (98 Liter) bei der fiktiven Konkurrenz tanken.

— NEUE ÖLRESERVEN —

2,3
Milliarden Barrel

Rohöl vermutet der spanische Erdölkonzern Repsol unter dem Meeresboden vor den Kanarischen Inseln. Obwohl das Vorhaben erst in einer frühen Entwicklungsphase steht, regt sich Widerstand. Zehntausende Umweltschützer haben in Sorge um Flora und Fauna eine Onlinepetition unterzeichnet. Die Hüter des chronisch klammern spanischen Haushalts hoffen indes auf die Senkung der Ölimporte. Es wird sich zeigen, wer am längeren Hebel sitzt.



Alles für den Garten:
Mitte 2004 eröffnete die Firma das moderne Verkaufs-Gewächshaus am Wimmerweg.



Blick ins Chefbüro:
Seit 1999 führt Johannes Heinritzi als Vertreter der vierten Generation die Franz X. Heinritzi & Söhne GmbH.



Nähe zum Kunden:
Das Stammhaus des Familienunternehmens (oben) und ein Schnappschuss vom aktuellen, modernen Fuhrpark.

Vertrauen und Nähe

Mit traditionellen Tugenden fit für die Zukunft:
Der Heinritzi-Mineralölvertrieb aus dem oberbayerischen Bruckmühl stellt seit mehr als 90 Jahren die Bedürfnisse seiner Kunden in den Mittelpunkt unternehmerischen Handelns.

TEXT Gerhard Walter

FOTOS Heinritzi

Johannes Heinritzi hat eine große Leidenschaft: Für den 37-Jährigen gibt es nichts Schöneres, als mit seinem Mercedes Cabriolet 560 SL der Baureihe 107 aus den 1980er-Jahren über die Straßen rund um Rosenheim zu gleiten. „Ein wunderschönes Auto, das mich seit meiner Jugend fasziniert und zeigt, dass gute Dinge und gute Ideen niemals aus der Mode kommen“, sagt er. Auch am Arbeitsplatz fühlt sich Johannes Heinritzi traditionellen Werten verpflichtet: „Vertrauen aufbauen, verlässlich sein, zuhören können und in der Not den Menschen hilfreich zur Seite stehen – das sind Tugenden, die mir meine Eltern und Großeltern vorgelebt und die ich von ihnen übernommen habe.“

Wachstum aus eigener Kraft

Mit diesem Bekenntnis zur Tradition hat es Johannes Heinritzi geschafft, das von

ihm in der vierten Generation geleitete und 1923 gegründete Familienunternehmen, die Franz X. Heinritzi & Söhne GmbH, bis heute als aktiven Vertreter auf dem bayerischen Mineralölvertriebsmarkt rund um Rosenheim zu positionieren – trotz großer Konkurrenz und rückläufigen Brennstoffverbrauchs durch energieeffiziente Heizungen. „Dabei erfolgt das unternehmerische Wachstum aus eigener Kraft und auf Grundlage eigener Kernkompetenzen“, sagt Johannes Heinritzi, der auch 1. Vorsitzender des Bayerischen Brennstoff- und Mineralölhandelsverbands (BBMV) ist. Er fügt hinzu: „Auf dem Energiemarkt wird es künftig weitere gravierende Veränderungen geben. Um unseren geschäftlichen Erfolg als Brennstoffhändler fortführen zu können, werden wir noch stärker als bisher mit unserer Servicekompetenz überzeugen.“ Dazu gehöre selbstver-



Johannes Heinritzi und seine Schwester Agnes im Jahr 1987 (oben).

Gruppenbild mit Kindern:
Familie Heinritzi gemeinsam mit
Mitarbeitern im Jahr 1984.

„Wir kennen die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen in unserem direkten Umfeld – das ist ein klarer Wettbewerbsvorteil.“

Johannes Heinritzi,
geschäftsführender Gesellschafter der
Franz X. Heinritzi & Söhne GmbH

ständig, Kunden bei der Auswahl der Produkte oder bei einer geplanten Modernisierung der Heizanlage zu beraten. So bietet die Heinritzi GmbH auch Heizöl mit speziellen Zusatzstoffen, sogenannten Additiven, an. Brennstoffe dieser Art sind besonders geeignet für Ölheizungen mit Brennwerttechnik, die deutlich weniger verbrauchen als ältere Geräte. „Die sparsame Öl-Brennwerttechnik steigert Effizienz und Nutzungsgrad bei der Wärmeerzeugung. Das ist ein Erfolg für den Klimaschutz, die Umwelt und das Portemonnaie der Verbraucher. Die Kunden sparen Geld und akzeptieren aus diesem Grund auch die Energiewende“, sagt Johannes Heinritzi.

Auch in einem weiteren Bereich wollen die Kunden immer besser beraten werden, nämlich bei der Frage, inwieweit es sinnvoll ist, regenerative Energien mit effizienter Brennwerttechnologie zu kombinieren. Heinritzi: „Gerade in dieser Kombination kann Heizöl seine Stärke als Energiespeicher voll entfalten. Innovative Heiztechnik und Warmwasserbereitung mit Solarthermie ergänzen sich hervorragend. Deshalb ist es auch sinnvoll, alte Heizkessel gegen neue Brennwertgeräte auszutauschen.“

Service aus einem Guss

Der Heinritzi-Mineralölvertrieb hat einen guten Namen im Landkreis. „Das ist ein Pluspunkt. Mit diesem Pfund gehen wir sehr, sehr sorgfältig um“, sagt Johannes Heinritzi. Ganz besonders der private Endverbraucher lege Wert auf Service und Vertrautheit, betont Heinritzi. Schon durch die räumliche Nähe der Wohnung zum Betrieb waren die Großeltern ebenso wie die Eltern mehr oder weniger sofort und persönlich für die Kunden da. „Unser Bekenntnis zum Service ist die logische Fortführung der Familien- und Unternehmensgeschichte. Das ist unser Alleinstellungsmerkmal und wird konsequent umgesetzt“ – etwa beim Notfalldienst, wenn der Heizöltank leer ist. „Wir

liefern auch dann zu den üblichen Konditionen und ohne Aufschläge innerhalb von maximal 24 Stunden – in der Regel schaffen wir das in zwölf Stunden“, sagt Johannes Heinritzi. Aber auch andere Dienstleistungen sind bei der Heinritzi GmbH inklusive: Sei es, dass ein längerer Schlauch beim Füllen des Heizöltanks gebraucht wird oder dass die Lieferung gegen Rechnung und nicht sofort bar bezahlt werden muss. „Bei vielen Billiganbietern werden diese für uns selbstverständlichen Dienstleistungen extra berechnet.“ Bei aller Konzentration auf den Servicegedanken – ein entscheidender Aspekt darf nicht vergessen werden: Kundenorientierung ist nur dann wirklich erfolgreich, wenn alle Mitarbeiter mitziehen und das Bekenntnis zur Dienstleistung aus dem Unternehmen selbst kommt. „Meine Mitarbeiter sind für den Erfolg der Firma enorm wichtig. Wir leben von und mit den Kolleginnen und Kollegen“, unterstreicht Heinritzi.

Um auch weiterhin wettbewerbs- und marktfähig zu bleiben, will Heinritzi künftig auf den Vertrieb leitungsgebundener Energien wie Strom und Gas setzen. „Das wird unser nächstes Standbein. Hier haben wir als mittelständischer regionaler Energiehändler die Chance, mit guten Produkten und einem durchdachten Gesamtpaket zu überzeugen. Entscheidend wird sein, dass wir uns auf den Markt und die Wünsche der Kunden einstellen“, sagt Johannes Heinritzi. Kein Zweifel – die Bereitschaft, neue Wege einzuschlagen, ist beim bayerischen Mittelständler ein Wesensmerkmal erfolgreicher Unternehmensplanung – ganz so wie bei Heinritzis Fahrten mit dem Cabriolet. Mit dem Auto aus den 1980er-Jahren geht es auch schon mal über unbekannte Passstraßen nach Italien. Aber auch das ist eine Reminiszenz an die Tradition. Eltern und Großeltern verbrachten ihre Ferien ebenfalls gerne auf der Apenninhalbinsel. ■

EINE UNGEWÖHNLICHE

MISCHUNG

Heizöl, Kraft- und Schmierstoffe auf der einen, Gartenbedarf auf der anderen Seite – die unterschiedlichen Geschäftsbereiche der Franz X. Heinritzi & Söhne GmbH haben ihre Wurzeln in dem 1923 von Karl Heinritzi in Bruckmühl gegründeten landwirtschaftlichen Lagerhaus. 1930 wird das Sortiment um Holz und Kohle erweitert. In den 1950er-Jahren übernimmt Franz Xaver Heinritzi senior die Geschäfte. Anfang der 1960er-Jahre steigt das Familienunternehmen in den Heizölvertrieb ein. Ab 1978 führt Franz Xaver Heinritzi junior den Betrieb. Seit 1983 ist der Mittelständler Markenpartner der ARAL AG. 1999 tritt Johannes Heinritzi in der vierten Generation als Geschäftsführer in die Firma ein.

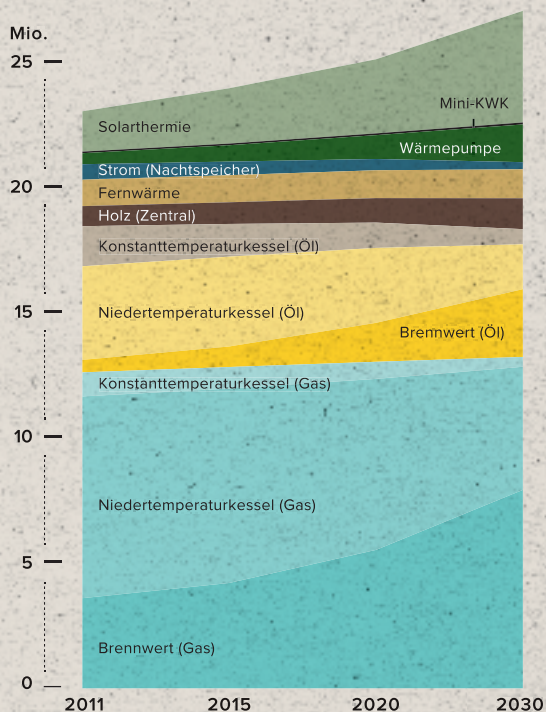
Wunsch trifft auf Wirklichkeit

TEXT Florian Flicke

Gebäude sind für rund 40 Prozent des Bruttoendenergieverbrauchs in Deutschland verantwortlich – vor allem die in die Jahre gekommenen Bauten. Nur wenn deren Eigentümer freiwillig in effiziente Heiztechnik investieren, wird die Energie- und Wärmewende gelingen. Öl und Gas bleiben dabei auch auf Jahrzehnte hinaus die wichtigsten Energielieferanten, wie zwei aktuelle Studien belegen.

Gas und Öl bleiben die Platzhirsche

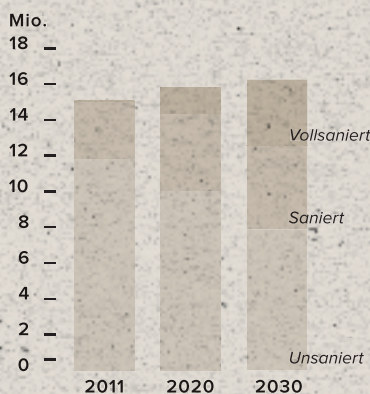
Struktur der Heizungen in Deutschland bis 2030



Quellen: „Shell BDH Hauswärme-Studie“, 2013; HWWI

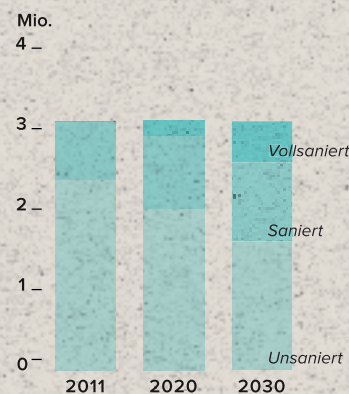
Sanierung im Schneckentempo

Anzahl und Sanierungsgrad der Ein- und Zweifamilienhäuser



Quellen: „Shell BDH Hauswärme-Studie“, 2013; HWWI

Anzahl und Sanierungsgrad der Mehrfamilienhäuser



Regierungspapier ist besonders guldig. Bereits die abgelöste Bundesregierung von CDU/CSU und FDP formulierte im „Energiekonzept 2010“ forsche Ziele für Deutschlands Häuser und Gebäude: Bis 2020 soll der Wärmebedarf bei Neubauten im Vergleich zum Jahr 2008 um 20 Prozent sinken. Der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Wärmemarkt soll im gleichen Jahr bei mindestens 14 Prozent liegen. Und bis 2050 soll gar der „klimaneutrale Gebäudebestand“ her.

Einzelne Bundesländer haben noch eine ordnungsrechtliche Schippe draufgelegt und machen entsprechende Vorgaben nun auch für Bestandsbauten. Doch das Ergebnis, so Kritiker, ist gerade kein Investitionsboom, sondern das genaue Gegenteil. Wenig gutes Haar an der bisherigen Politik lassen auch die Verfasser der im Februar veröffentlichten Studie „Sanierungsfahrpläne für den Wärmemarkt: Wie können sich private Hauseigentümer die Energiewende leisten?“ Darin kommen die Experten der Berliner nymoen strategieberatung im Auftrag von Zukunft Erdgas e.V. zum Schluss: „Die Sanierungsfahrpläne müssen sich an der Lebenswirklichkeit ausrichten.“ Ihr (Zwischen-)Fazit der Wärmewende fällt – je nach Lesart – ernüchternd bis erschreckend aus.

Alte Häuser, alte Heizungen

Privat selbst genutzte Einfamilien- und Reihenhäuser stehen im Fokus der Studie. Sie machen rund 70 Prozent der Wohngebäude und etwa 50 Prozent der Wohnfläche in Deutschland aus.

„Gut ein Drittel der Gebäudeeigentümer hat mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1.400 Euro keine großen Spielräume für eine energetische Ertüchtigung des Gebäudes“, meinen die nymoen-Berater.

Positiv: Wer sich eine energetische (Teil-)Sanierung seines Hauses leisten kann, fängt meist intuitiv richtig an. Ein großer Teil der derzeit noch aktiven Öl- und Gasfeuerungsanlagen entspricht nicht mehr den aktuellen technischen Möglichkeiten (siehe „Reformstau im Keller“). Bei begrenzten finanziellen Mitteln tauschen deutsche Häuslebauer oft den Heizkessel aus. Das, so loben Studienmacher, sei die „im Regelfall kos-

tengünstigste und damit sozialverträglichste Option der Heizungserneuerung“.

In der Praxis wird dem bewährten Energieträger vertraut: einmal Öl oder Gas gleich fast immer Öl oder Gas. „Da ein Wechsel der Energieträger mit höheren Kosten verbunden ist als der Austausch von Geräten desselbigen, werden die neuen Geräte überwiegend dieselben Energieträger verwenden wie die Vorgänger“, bilanzierten bereits die Verfasser der „Shell BDH Hauswärme-Studie“, die Mitte 2013 vorgestellt wurde. Darin gehen der Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik e.V. (BDH) und die Shell Deutschland Oil GmbH der Frage nach, wie die Deutschen 2030 heizen werden. Ergebnis: wesentlich effizienter als heute, aber beim Energiemix nicht grundlegend verändert. Gas und Öl sind auch künftig die wichtigsten Garanten für warme Wohnzimmer oder heißes Badewasser (siehe: „Gas und Öl bleiben die Platzhirsche“).

Mittelfristig werde es aber zu einer stärkeren Diversifizierung von Heiztechniken und Energien kommen. Große Stücke setzen die Studienmacher auf die Brennwerttechnik. Die Zahl der Öl-Brennwertheizungen erhöht sich nach ihrer Voraussage von 500.000 im Jahr 2011 auf 2,7 Millionen Anlagen 2030. Im gleichen Zeitraum steige die Zahl der Gas-Brennwertheizungen von 3,6 Millionen auf 7,9 Millionen Stück.

Ein Großteil der neuen Anlagen dürfte dann in vergleichsweise alten Häusern zu finden sein. Bauboom der jüngeren Vergangenheit hin oder her: Das Gros der deutschen Gebäude ist in die Jahre gekommen, vier von zehn Häusern wur-

den allein im Zeitraum 1949 bis 1978 errichtet. „Die bautechnischen Standards älterer Häuser sind zum Teil weit hinter den Standards heutiger Neubauten. Daher besteht hier noch großes Potenzial für energetische Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Wärmedämmung und Heiztechnik“, meinen Shell und BDH.

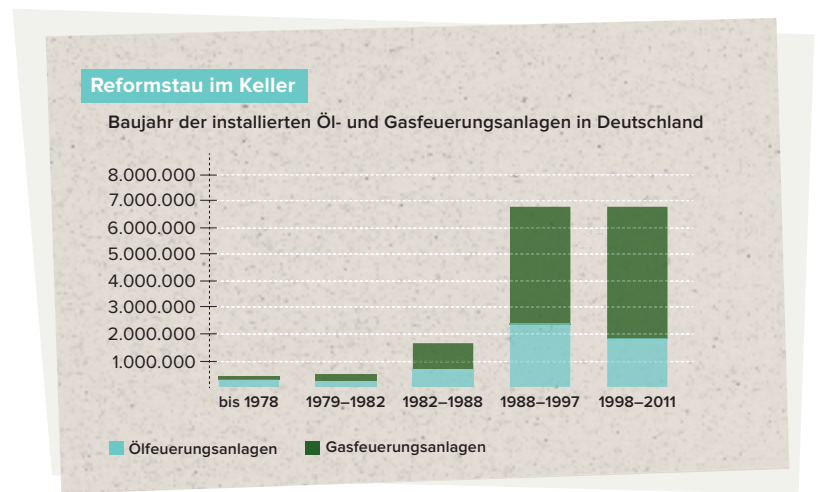
Kluge Tempomacher gesucht

Skeptisch stimmt die Experten das niedrige Modernisierungstempo: Laut Shell-BDH-Studie wird bislang pro Jahr nur ein Prozent aller Wohngebäude auf Vordermann gebracht – „in der Folge bleiben auch 2030 noch etwa die Hälfte der Wohngebäude energetisch unsaniert“.

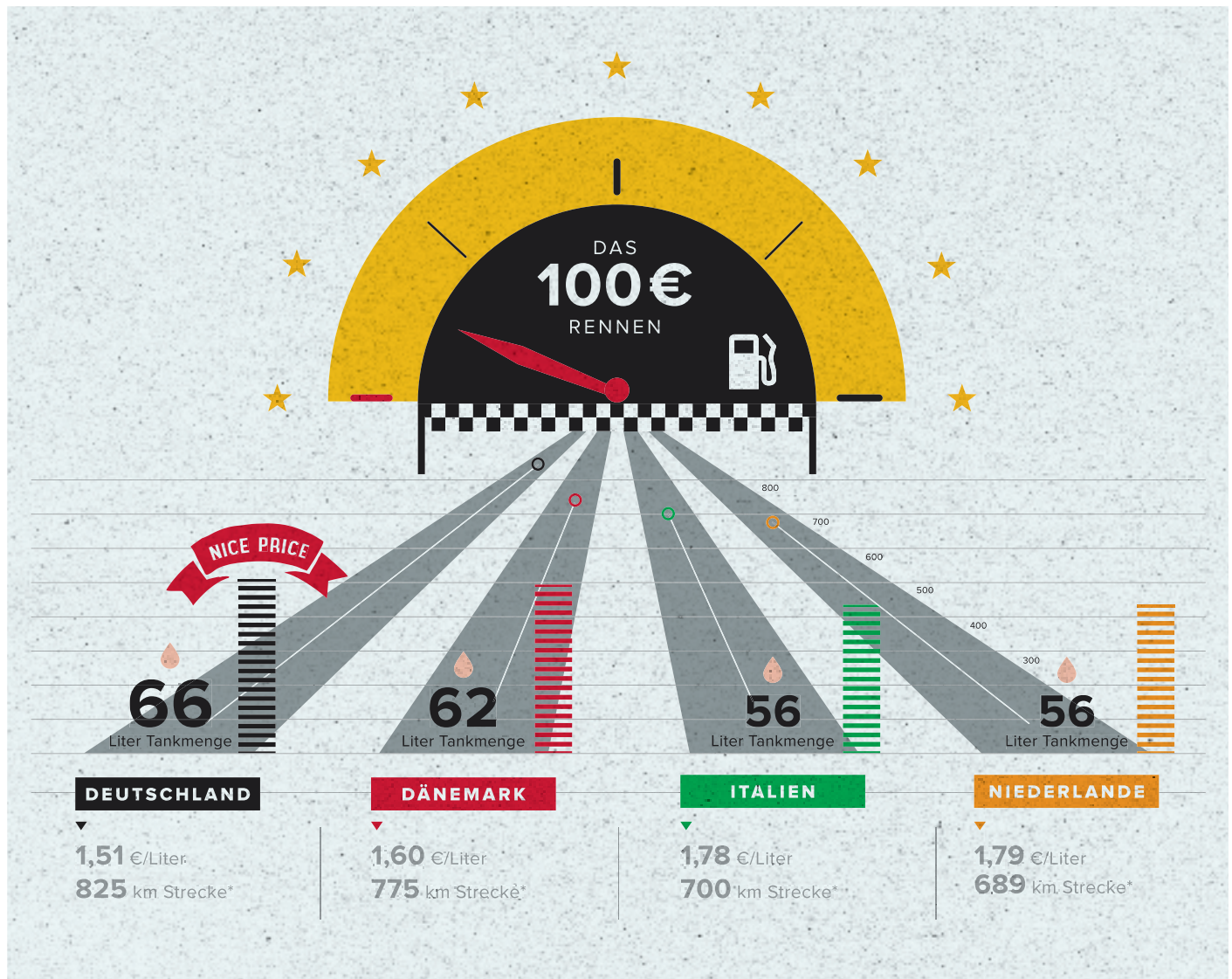
Was tun? Auf keinen Fall ordnungsrechtliche Zwänge, warnen die Autoren beider Untersuchungen unisono. „Die im Energiekonzept verankerte Wahlfreiheit zwischen Maßnahmen an der Gebäudehülle, der Verbesserung der Anlagentechnik oder dem Einsatz erneuerbarer Energien bei der Sanierung und die Entscheidungsfreiheit über Umfang und Zeitpunkt der Umsetzung müssen Grundlage allen politischen Handelns bleiben. Nur so kann eine sozialverträgliche Wärmewende realisiert werden“, meint nymoen. Auch Shell und BDH plädieren für Technologieoffenheit: „Es gibt keine ‚beste‘ Heiz- oder Gebäudetechnologie, sondern nur jeweils geeignete Technologien und Maßnahmen.“

Beide Studien gibt es kostenlos im Internet:

www.shell.de, „Über Shell“, „Medien-Center“, „Publikationen“, „Shell Hauswärme-Studien“
www.nymoen-strategieberatung.de, „Aktuelles“



Quelle: nymoen-Studie „Sanierungsfahrpläne für den Wärmemarkt“, 2014



Oh Deutschland, günstig' Tankland

TANKEN FÜR 100 EURO: SPRITPREISE IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH

Die Spritpreise sind – weil angeblich stets zu hoch – immer wieder Tagesthema. Vor allem zur nahenden Urlaubszeit. Dabei sind die Preise in ganz Europa im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben oder sogar leicht gesunken, wie entsprechende Erhebungen des ADAC zeigen. Der Blick über die Landesgrenzen hinweg fördert außerdem zutage, dass der deutsche Autofahrer im Vergleich zu denen aus beliebten Urlaubszielen wie Dänemark, den Niederlanden oder Italien gut abschneidet. Ein hierzulande vollgetanker Pkw kommt mit einem festen Budget demnach deutlich weiter als mit einer Tankfüllung vom Urlaubsdomizil aus. Wer nun auf die Idee kommt, gefüllte Benzinkanister mit auf die Reise zu nehmen, sollte sich indes vorab gut informieren. In vielen Ländern ist die Mitnahmemenge beschränkt – in Italien und Österreich laut ADAC beispielsweise auf zehn Liter –, in manchen sind Reservekanister sogar verboten. (avs)

HIGHTEC SCHMIERSTOFFE MADE IN GERMANY

ZERTIFIZIERT FÜR:
ISO 9001:2008,
ISO/TS 16949:2009,
ISO 14001:2004,
InS/H1 REGISTRIERT

ROWE®

www.rowe.com.de MOTORENÖLE, ZWEIRAD-ÖLE, GETRIEBEÖLE, INDUSTRIEÖLE, METALLBEARBEITUNGSÖLE, WINTERCHEMIE-PFLEGE, BIO-SCHMIERSTOFFE, FETTE
ROWE MINERALÖLWERK GMBH · LANGGEWANN 101 · 67547 WORMS · PHONE +49 6241 5906-0 · FAX +49 6241 5906-999 · INFO@ROWE.COM.DE

PWM®

Einen Schritt voraus.



save
the
date!



HEAT

DER KONGRESS FÜR MOBILE
UND SPEICHERBARE WÄRME

Am 4. November 2014 im dbb forum berlin

Der UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. und das Institut für Wärme und Oeltechnik e. V. (IWO) sind zum dritten Mal Ausrichter des HEAT-Kongresses.

Mobile und speicherbare Energien zählen zu den wichtigsten Säulen der Wärmeversorgung in Deutschland und der mittelständische Energiehandel leistet einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der energiepolitischen Ziele.

Wo steht die Energiewende im Wärmemarkt ein Jahr nach der Bundestagswahl?

Dazu treffen sich wichtige Akteure des Wärmemarktes am 4. November 2014 im dbb forum berlin. Top-Aktuelle Vorträge und Diskussionen mit hochkarätigen Politikern bilden den Rahmen für die zentrale Netzwerkveranstaltung der Branche.

Mit über 200 Teilnehmern haben die vergangenen Kongresse gezeigt, wie wichtig dieser Treff für Unternehmer und Führungskräfte der Branche sowie Vertreter von Politik und Verbänden ist.

.....

Veranstaltungsort:

dbb forum berlin
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Veranstaltungsdatum:

4. November 2014
10:00 Uhr – ca. 18:00 Uhr
anschließend Get-together
.....



UNITI Bundesverband
mittelständischer
Mineralölunternehmen e. V.

iwo
Institut für Wärme
und Oeltechnik